

WIRTSCHAFT



Trauerspiel: Offen bleibt, wohin die Millionen der Progress Watch geflossen sind. 29



SPI: Der Swiss-Performance-Index stieg leicht um 3 Zähler auf 5306,62 Punkte. 33

Wissen: Mangelernährung in den armen Ländern: Neue Reissorten sollen Wunder wirken. 42

«In Zürich munkeln wir nicht im Dunkeln»

Zur Geldwäscherei gebe es bei der Zürcher Justiz «kein Munkeln im Dunkeln». Offen antwortet Bezirksanwalt Dave Zollinger auf die Kritik aus Paris.

Mit Dave Zollinger sprach Marlene Schnieper

Die Genfer Justiz hat den Willen und die Mittel, Finanzdelikte zu ahnden, im Tessin mangelt es an Mitteln, in Zürich am Willen: So liest sich der französische Bericht über die Bekämpfung der Geldwäscherei in der Schweiz. Warum, Herr Zollinger, kommen die Strafverfolger des Kantons Zürich dabei so schlecht weg?

Ich habe den Bericht erst in den Passagen gelesen, die den Kanton Zürich betreffen. So weit ich sehe, kritisiert Arnaud Montebourg, der Berichterstatter der französischen Parlamentarierdelegation, weniger die Arbeit der Zürcher Justiz. Ihn stört vielmehr, dass seine Gesprächspartner hier nicht sonderlich auskunftsfreudig waren. Nun war Montebourgs Adressatin die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich, also müssten Sie die Frage nach dem Kommunikationsstil dort stellen.

Das ist schwierig. Staatsanwalt René Ramer, Montebourgs Hauptansprechpartner in Zürich, ist ja inzwischen tot. Sie leiten die Bezirksanwaltschaft IV des Kantons (BAK IV), der die Rechtshilfe und die Ahndung von Geldwäscherei obliegen. Auch zwei Ihrer Bezirksanwälte nahmen teil an den Gesprächen mit Montebourg.

Das stimmt, und diese beiden Kollegen haben den Gesprächsverlauf zum Teil anders wahrgenommen, als er im Bericht aus Paris jetzt aufscheint. Sie hatten nicht den Eindruck, dass Sie Montebourg Antworten in dem Grad schuldig blieben, in dem er es heute beanstandet.

Trotzdem, der Kanton Zürich ist Hauptschauplatz der Finanzdrehtheater Schweiz. In der Übung mit den Franzosen hat dieser Kanton doch eine Chance verpasst zu zeigen, was man hier tut, um Gelder dubioser Herkunft fernzuhalten.

Nochmals, ich war nicht dabei. Also kann ich nicht nachträglich kommen und



BILD THOMAS BURLA

Bezirksanwalt Dave Zollinger will, dass man die Zürcher Justiz an den Taten misst, nicht an den Worten.

sagen, das oder jenes sei schief gelaufen. Ich kann auch nicht für «den Kanton Zürich» sprechen. Was die BAK IV betrifft, die Behörde, für die ich zuständig bin, so sind wir uns im Klaren, dass wir stärker als andere Ämter eine Schnittstelle zwischen Justiz, Politik und Wirtschaft darstellen. Wir nehmen den Informationsauftrag gegenüber der Öffentlichkeit ernst, wobei wir unter Öffentlichkeit vor allem die Bevölkerung hier verstehen, der wir auch als Steuerzahler verpflichtet sind. Ob dazu auch eine französische Parlamentskommission zählt, lasse ich offen. Das ist eine politische Frage.

Montebourg musste fünf-, sechsmal nachhaken, nur um zu erfahren, wie viele Gerichtsverfahren im Kanton Zürich durchgeführt wurden seit April 1998, als das neue Geldwäschereigesetz in Kraft trat.

Wir hatten auf diesem Gebiet ein Problem mit der Statistik, nicht allein im Kanton Zürich – das haben wir mittlerweile erkannt und aufgearbeitet.

Können Sie uns die Zahlen jetzt liefern? 1998 hat die BAK IV zehn Verfahren wegen Geldwäscherei eröffnet, 1999 waren es 18, im vergangenen Jahr waren es 19. 47 Fälle also insgesamt: Davon gehen 80 Prozent auf Anzeigen zurück, die von Finanzintermediären bei der Meldestelle in Bern getätigt wurden, 20 Prozent geschahen auf private Strafanzeige hin, die jemand bei uns direkt erhoben hatte.

In wie vielen Fällen haben Sie Zwangsmassnahmen angeordnet?

Das gehört zu den Aspekten, die wir erst seit Anfang Jahr statistisch erfassen, darum muss ich mich auf Schätzungen stützen. Es dürften in rund zwei Dritteln der Fälle vorübergehend Kontosperrern verfügt worden sein.

Wie viele Urteile wegen Geldwäscherei wurden schon gefällt?

Sehr wenige. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet sind enorm und vielfälti-

ger Art. Ausserst schwierig ist es unter anderem, den Beweis zu erbringen, das hier zu Lande gewaschenes Geld krimineller Herkunft ist, wenn das ursprüngliche Verbrechen im Ausland geschah.

Der Tessiner Generalstaatsanwalt Luca Marcelletti behauptet in dem Bericht, Sie seien bei der Beurteilung ausländischer Rechtsbehörden eher formalistisch.

Es gibt Gesetze, nach denen Rechtshilfe zulässig ist oder eben nicht. Damit nehmen wir es im Kanton Zürich genau, insofern sind wir sehr «formalistisch», das ist nämlich unsere Pflicht. Ich möchte aber betonen, dass wir in 98 Prozent der Fälle auf Rechtshilfeersuchen positiv antworten. 1998 hat BAK IV 658 solcher Ersuchen behandelt, 1999 deren 575, 2000 deren 543. Rund 80 Prozent davon dürften den internationalen Bereich betreffen, der Rest die interkantonale Zusammenarbeit. Sie sehen: Auch hier leistet die Zürcher Justiz einiges, auch wenn sie nicht so viel redet.

Unterschiede im Stil

«Eine französische Kommission hat Mechanismen unter die Lupe genommen, nach denen sich der Finanzplatz Schweiz sauber zu halten versucht (TA vom Donnerstag). Die Zürcher Justiz schneidet dabei ziemlich schlecht ab.»

Dave Zollinger antwortet darauf. Der 46-jährige ist Geschäftsleiter der Bezirksanwaltschaft IV des Kantons Zürich (BAK IV). Diese Behörde befasst sich mit Rechtshilfe und Geldwäscherei, jenen Bereichen, um die es geht.

Oh hat man den Eindruck, ein Zürcher Richter beisse sich lieber die Zunge ab, als eine politische Aussage zu riskieren. Der Genfer Generalstaatsanwalt Bernard Bertossa jedenfalls wagt hier deutlich mehr. In der Antwort auf diese Frage macht Zollinger auf regionale Unterschiede der Mentalität wie der Organisation aufmerksam.

«Der Genfer Generalstaatsanwalt steht in einem anderen Umfeld», erklärt Zollinger. «Er muss sich – anders als ein Staatsanwalt im Kanton Zürich – alle vier Jahre der Volkswahl stellen. Schon daraus ergibt sich eine spezielle Tradition der öffentlichen Rechenschaft und ein unterschiedlicher Informationsstil. Im Kanton Zürich überwiegt ein anderes Staatsverständnis, daran halten wir uns auch bei der BAK IV. Natürlich müssen Gesetze geändert werden, wenn man bestimmten Steuerdelikten oder dem Zigarettenschmuggel einen Riegel stellen will. Doch diese Debatte überlassen wir den politischen Instanzen, insbesondere der gesetzgebenden Behörde. Einem Zürcher Bezirksanwalt würde man es wohl verübeln, wenn er sich da politisch allzu sehr vorwagt.»

Mit andern Worten: Zollinger und seine fünf Kollegen bei der BAK IV haben das Gesetz anzuwenden, basta. (ms)

Positive US-Zahlen

Das Konjunkturbarometer in den USA ist zum ersten Mal seit vier Monaten wieder gestiegen. Der Index der wichtigsten Wirtschaftsdaten kletterte im Januar um 0,8%. Im Dezember hatte das Konjunkturbarometer noch revidiert 0,5% nachgegeben. Experten werten die Zahlen als Anzeichen, dass eine Rezession in diesem Jahr vermieden werden könnte. Der Index gibt einen Ausblick auf die erwartete Entwicklung in den nächsten drei bis sechs Monaten. Der Trend spiegelt einen Anstieg von Baugenehmigungen und Arbeitsstunden in der herstellenden Industrie wider. Im Januar hätten sich auch wieder weniger Amerikaner arbeitslos gemeldet, hiess es weiter. Allerdings nahm das Konsumentenvertrauen weiter ab. *Weiterer Bericht Seite 33*

Musik-Industrie will mehr Geld von Napster

Die amerikanische Musikindustrie hat das Milliardenangebot der Online-Tauschbörse Napster (TA von gestern) als unzureichend abgelehnt. 1 Mrd. Dollar an Lizenzgebühren über fünf Jahre mache keinen Sinn in einer Branche, die jährlich 40 Mrd. Dollar umsetzt, teilte Sony gestern mit. Bereits am Dienstag hatten AOL Time Warner und Vivendi Universal das Napster-Angebot abgelehnt. Die britische EMI zeigte sich teilweise interessiert. Letzte Woche war Napster von einem US-Gericht verurteilt worden, seine Nutzer am kostenlosen Tausch urheberrechtlich geschützter Musikstücke zu hindern.

Regler Aussenhandel

Der schweizerische Aussenhandel wächst auch im laufenden Jahr in hohem Tempo weiter. Dabei überflogelten die Exporte im Januar die Importe: Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 128 Mio. Fr. Die Exporte legten im Vergleich zum Vorjahr um 18% auf 10,6 Mrd. Fr. zu. Die Importe wuchsen um 14,3% auf 10,5 Mrd. Fr. Hier fielen vor allem die hohen Energiepreise ins Gewicht. Auf der Exportseite legte besonders die Chemische Industrie zu. Der Handel mit der EU entwickelte sich positiv, jener mit den USA dagegen verhalten.

Banken unzufrieden

Die Schweizerische Bankiervereinigung hat ihre Kritik am französischen Montebourg-Bericht über den Kampf gegen die Geldwäscherei (TA von gestern) bekräftigt. Der Bankendachverband bezeichnet den Bericht des französischen Parlamentsausschusses als auch in den Kernaussagen sehr fehlerhaft. Der Bericht zeuge somit von unseriöser Quellenanalyse sowie von wenig Sorgfalt und Fachkenntnissen. Als falsch bezeichnete die Bankiervereinigung unter anderem die Vorwürfe der mangelnden Kundenidentifikation und der fehlenden Überprüfung der Berufsheimelnisträger im Verkehr mit den Banken. Die Behauptung, wonach die Schweizer Gesetzgebung den Standard der EU nicht erfülle, verdröhre die Tatsachen, sei doch die Schweiz der EU und namentlich auch Frankreich voran. *(Agenturen/TA)*

Mit PaineWebber nach Europa

Die UBS ist mit dem Jahr 2000 zufrieden – auch wenn sie in der Vermögensverwaltung weiter Kunden verloren hat.

Von Stefan Eiselin

Die UBS habe aus den vielen Fusionen und Übernahmen der letzten Jahre gelernt: «Es tut gut, sich die positiven Aspekte der Kultur des andern anzueignen», meinte Konzernchef Marcel Ospel gestern vor den Medien. Das sind neue Töne von dem Mann, dem nachgesagt wird, übernommene Unternehmen rasant und unzimpelnd auf seine Linie zu trimmen.

In etwas hat sich der UBS-Chef aber nicht geändert: Bei Übernahmen macht er noch immer auf Tempo. Mitte Juli vergangenen Jahres wurde der 21 Milliarden Franken teure Kauf von PaineWebber angekündigt. Heute ist das amerikanische Vermögensverwaltungshaus bereits in der Schweizer Finanzkonzerne integriert. Der Prozess sei «ohne Probleme» verlaufen, erklärte Ospel. Dafür hat die UBS allerdings auch gezahlt: 15 Milliarden Franken kostet sie das vier Jahre laufende Anreizpaket, mit dem PaineWebber-Leute mit Absprüngegedanken bei der Stange gehalten werden sollen.

Gestärkt mit PaineWebber will die UBS nun ihren Paradebereich ausbauen: das Vermögensverwaltungsgeschäft für die wohlhabende Kundschaft. «In Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien wollen wir uns als erste Adresse etablieren», umriss Konzernleitungsmitglied Joseph Grano die Stossrichtung. In den kommenden fünf Jahren sollen dazu 1300 neue Kundenberater eingestellt werden. PaineWebber helfe bei dieser Offensive in dreierlei Hinsicht durch die reiche Erfahrung in der Ausbildung des Personals, in der Produktinnovation und im Marketing.

UBS

In Mrd. Fr.	2000	1999	Veränd. in %
Ertrag	36,40	38,43	+20,0
Zinssertrag*	8,25	4,95	+66,9
Dienstleistungsertrag	16,70	12,91	+28,4
Handelsbankertrag	9,85	7,79	+25,9
Aufwand	26,20	20,55	+27,8
Personalaufwand	17,15	12,58	+45,4
Gewinn	7,79	8,15	-20,7
Verwaltete Vermögen	2489	1744	+41,8
Beschäftigte (Anzahl)	11078	49059	-44,3

* inkl. Veränderung der Kreditrückstellungen

Wachstumspulse hat die UBS im Vermögensverwaltungsgeschäft durchaus nötig. Denn im vierten Quartal letzten Jahres sind die für die Kundschaft verwalteten Gelder ein weiteres Mal gesunken – um 4 Prozent auf 1675 Milliarden Franken. Schuld daran sind vorab die schlechte Börsenentwicklung und negative Währungsereignisse. Die UBS hat aber auch erneut Kunden an die Konkurrenz verloren. Unter dem Strich wanderten 7 Milliarden ab. Der grösste Teil davon geht auf das Konto von institutionellen Anlegern. Dank der Übernahme von PaineWebber kann die UBS fürs letzte Jahr dennoch eine Zunahme von 42 Prozent ausweisen (siehe Tabelle).

Trotz dieser Wermutstropfen ist Marcel Ospel mit dem Jahr 2000 zufrieden. «Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben», sagte er. Der Gewinn seines Konzerns nahm um 27 Prozent zu. Dies wurde vor allem durch ein Glanzereignis im Investment Banking (Ausgabe von Wertpapieren, Beratung bei Übernahmen und Fusionen) möglich. Sehr gut verdient hat aber auch das Private Banking (Vermögensverwaltung für betuchte Personen). Und auch das Inlandgeschäft hat sich dank deutlich verringerter Kreditrückstellungen kräftig gesteigert.

Fürs laufende Jahr gibt sich die UBS «vorsichtig optimistisch», wagt aber keine genaueren Prognosen. Die Börsenentwicklung und das internationale Kreditumfeld seien dazu zu instabil.